



des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: E. Hensel.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 21. d. M. Nachmittags 3 Uhr öffentliche Sitzung der Stadt-Verordneten. Gegenstände der Verhandlung: 1) Revision der Rumsford'schen Suppenrechnung pro 1847. — 2) Revision der Stadt-Armen-Kassen-Rechnung. — 3) Anstellung eines besoldeten Stadt-Schulraths. — 4) Verwendung des Saals im Stadt-Waage-Gebäude. — 5) Instandsetzung eines Brunnens im Theresienkloster. — 6) Wahl der Deputirten zur Einschätzung des steuerpflichtigen Einkommens — 7) Persönliche Angelegenheiten.

Der Vorsteher Knorr.

Posen, den 19. Juni. Was Jahrhunderte lang als ein unerschütterlicher Bau erschien, was sich selbst als höchste menschliche Weisheit, als eine Einrichtung der Weltordnung, kund zu geben und geltend zu machen strebte, das europäische Fürstenthum, das hat die Neuzeit, in dem kurzen aber allgemeinen Sturm weniger Wochen, wanken, sogar fallen gesehen. Die entseffelten Völker stürzen um so zügellos einher, je dauernder und strenger sie der Wille des Fürsten gebunden hielt. Ebenso, wie der menschliche Geist in dem heftigsten Andrang der Geschichte seine volle Kraft zu entfalten pflegt und nach innerlichem Kampfe entweder zur moralischen Erhebung durchdringt, oder zur Unthat sich wendet, so sehen wir auch jetzt die Nationen in der Entwicklung aller geistigen Kräfte begriffen, aber leider nicht bloß edler Kräfte, sondern auch solcher, die in verwerflicher Richtung fortstreben, dem moralischen und politischen Verderben einen Zugang darbieten.

Mäßigung und Treue sind bisher der Ruhm des deutschen National-Charakters gewesen; die Mäßigung, die nur das Bestreben nach eigener Geltung als berechtigt anerkennt, ohne auf die Zerstörung des Widerstrebenden auszugehen, ferner die Treue, die sich dasjenige aussucht und ihm anhängt, was ihr heilig und unverleglich erscheint. Diesen Ruhm des deutschen Charakters sehen wir durch die Gegenwart gefährdet. Eine Partei, die sich bemüht, in einer lauten und weit verzweigten Geschäftigkeit ihre vorgebliche Stärke zu offenbaren, hat sich aufgethan, um alles Bestehende zu zerlegen und zu vernichten; sie kämpft im Bunde mit dem Jesuitismus durch alle Waffen des Trugs und der Lüge, um die Anarchie herbeizuführen und für ihre eigensüchtigen Zwecke auszubenten. Gar Viele sehen wir dieser Partei sich anschließen, die jene verderblichen Zwecke nicht durchschauen mögen. Zuerst solche, welche die Republik wollen, ohne vor dem trüben Bilde zurückzuschrecken, das die Geschichte der neueren Republiken ihnen vorführt und ohne zu erwägen, wie ungeeignet die heutigen Zustände, die topographischen und socialen Verhältnisse Deutschlands und Preußens für republikanische Zustände sind, wie wenig endlich dergleichen Zustände in dem deutschen Volks-Charakter die Bürgschaften ihres Bestehens finden würden. Dann aber auch solche, welche die konstitutionelle Monarchie auf einer breiten demokratischen Basis zur Aufgabe der Zeit machen und sich dabei mit Recht zwar im Einklange wissen mit der überwiegendsten Mehrheit des Volkes, jedoch ihr System in unbegründeter Furcht gefährdet glauben bei einem vielleicht aus demselben System, aber aus anderen Folgerungen hervorgehenden Angriffe auf ihre einzelne Meinung, und sich nun zur Gewinnung eines mächtigen Anhaltes, unbedachtsam dem täuschenden wüsten Treiben der Anarchisten anschließen, einem Treiben, dem dem endlich auch diejenigen nicht fremd zu sein scheinen, welche der Gegenwart ihre Errungenschaft absprechen, und durch Verwirrung der Verhältnisse der Neuzeit Boden unterwühlt sehen wollen. Aus diesen verschiedenen Stoffen sind die Volksbewegungen hervorgegangen, welche die Würde der ganzen Nation misachtend, die Organe des Staats und die Vertreter des Volks drohend umgeben, um eine abweichende und jedenfalls unberechtigte politische Meinung aufzubringen. Es mögen manche Schritte der Minister, manche Beschlüsse der National-Versammlung aus dem Standpunkte dieser oder jener Meinung dem Tadel unterliegen, aber nicht ungeordnete verleitete Volkshaufen sind es, denen das Preussische Volk die Vertretung seiner politischen Interessen aufgetragen hat und aufzutragen Willens ist, auch diejenigen sind es nicht, die in Schrift und Rede zu Führern des Volks sich aufwerfen. Ihnen, mögen ihre politischen Grundsätze und Bestrebungen sein, welche sie wollen, — ist der Patriotismus ein leerer Schall, weil der ächte Patriotismus mit Unterordnung der eigenen Ansicht, nur das Gemeinwohl erstreben darf und, zur Erreichung dieses Zweckes, den Beruf hat, die Organe der Gesamtheit und des Volkswillens, jene Träger der öffentlichen Ordnung, bei ungeschwächter Kraft und Thätigkeit zu erhalten.

Werfen wir hierbei einen Blick auf das uns hier noch umgebende Polenthum, so finden wir die Bestrebungen desselben in Verwandtschaft, ja in Vereinigung mit jenem anarchischen Treiben; ein maßloses feindliches Einschreiten gegen das Bestehende, ein künstliches Verwirren der Zustände, eine geflüsterte Verdunkelung und Entstellung der Ereignisse. Hier ist jedoch die Quelle eine

andere; sie ist ihrem Ursprunge nach eine sittliche und edle, die Vaterlandsliebe. Aber bei der eigenthümlichen leidenschaftlichen Richtung des polnischen National-Charakters hat sie die sittlichen Schranken durchbrochen und scheint sich dem verdammlichen Grundsatz hingegeben zu haben, daß ein guter Zweck durch jedes Mittel geheiligt werde. Die Erhebung der Polen hat mit offenen Erklärungen des Hasses gegen die Deutschen begonnen, blind und engherzig, indem er von der Nation verantworten lassen will, was die Fürsten-Politik gefehlt hat; wenn aber die mißleitende Leidenschaft gewichen ist und das Freiheitsstreben der Polen zu seiner reinen Quelle zurückzukehren vermag, dann ist vielleicht die Zeit gekommen, wo der einer schnellen Wandelung fähige National-Geist der Polen im Erkenntniß seiner wahren Interessen von dem Bündnisse mit der Anarchie sich abwendet.

Alle diese beklagenswerthen Zustände und Zerrwürfnisse sind kaum anders zu erwarten gewesen. Eine oft wohlmeinende, jedoch in eingewurzelten Vorurtheilen über Fürstenberuf unerschütterlich einhergehende Fürsten-Politik hat einen solchen Ausgang nehmen müssen. Den allmählig anschwellenden Strom des Volksgeistes hat man, anstatt sich seiner wohlwollend zu bemächtigen und ihn in ein geordnetes Bett zu leiten, immer höher und höher gedämmt, bis er, den Damm durchbrechend, nun regellos und verderblich sich ergießt. Es würde nun ein voreiliges und ungerechtfertigtes Urtheil sein, welches nach diesen Erfolgen das Bedürfnis und die Befähigung der Völker zu politischer Freiheit messen und es verneinen wollte. Nicht ihr, sondern den vorangehenden Zuständen sind die Wirren der Gegenwart zuzurechnen, nachdem eine plötzliche und gewaltsame Entsefflung auch die verderblichen Stoffe, die überall, so auch in den Völkern, mit dem Guten und Wahren vermischt sind, der Zügellosigkeit hingegeben hat.

Lassen wir uns also nicht irre machen und die Früchte der politischen Freiheit durch die Tages-Ereignisse uns nicht verklümmern. Denn mit Sicherheit dürfen wir darauf rechnen, daß diese der Durchgang zu besseren Zuständen sind. Es ist erfreulich wahrzunehmen, wie die neue politische Freiheit aus gesundem geistigen Keime schon jetzt die Früchte treibt, wie sie den Sinn für das Vaterländische und seine Interessen anregt und nach allen Richtungen verbreitet, das Bewußtsein der Volksthümlichkeit und der großen menschlichen Verbrüderung weckt, wie sie ferner den unduldsamen Kastengeist auszutreiben beginnt und mit geschärften Sinnen das Wahre und das Rechte zu erforschen und auf den gebührenden Platz zu erheben sucht. Und niemals wird die Wahrheit ihre Geltung verlieren. Sie ist der Inbegriff dessen, was im geistigen Gebiete als das Bestehende gilt. So wie nach der großen Welten-Ordnung die Kraft des Bestehens sich als das eigentliche Grundgesetz aller Dinge zu erkennen giebt und nach längerem oder kürzerem Kampfe mit feindlichen Elementen, selbst nach dem Ruin und der Verwüstung, erneuert hervortritt, so wird die Wahrheit, als ein Bestandtheil dieser Weltkraft, niemals von der Lüge dauernd verdrängt werden können.

Aber es möge auch rüstig Hand angelegt werden, um im staatlichen Leben den Uebergang zur Wahrheit zu gewinnen, es mögen diejenigen, welche achtlos oder kurzfristig, durch Vorspiegelung patriotischer Bestrebungen, auf den Weg zur Anarchie sich haben verleiten lassen, nunmehr die Augen öffnen und den Grund erkennen, der sich vor ihnen aufthut. Wir rufen sie warnend zur Umkehr, erwarten aber auch von den Männern, denen jetzt das Gemeinwohl anvertraut ist, daß sie dreist und im Vertrauen auf den gesunden Kern der Volksgesinnung, aber auch im offenen und ehrlichen Handeln, dem Systeme der Lüge entgegen treten, und sich durch das immer wieder vorgehaltene Schreckbild der Reaktion nicht abhalten lassen, den Vernichtungskampf zu beginnen, bevor noch das Volk um die Früchte der kaum errungenen Freiheit betrogen worden.

Inland.

Posen, den 17. Juni. In der »Neuen Königsberger Zeitung« vom 8. Juni findet sich nachsichendes höchst denkwürdige Schreiben, welches der bisherige außerordentliche Botschafter der Republik Frankreich zu Berlin, Herr Marquis de Circourt, derselbe, den die Gazeta polska aus guten Gründen vielfach geschmäht, vor seiner Abreise von Berlin an den Herrn Professor Heine rich gerichtet hat:

Berlin, den 2. Juni. Herr Professor! Mit tiefer Bewegung und Dankbarkeit habe ich so eben den Artikel gelesen, welchen Sie mir in der Neuen Königsberger Zeitung vom 31. Mai gewidmet haben. Ich fühle mich glücklich, eine so rechtmäßige Veranlassung zu finden, Ihnen die wahre Lage der Dinge in Bezug auf die Veröffentlichung eines Theils meiner Correspondenz und in Bezug auf die Gesinnungen darzulegen, welche mich während des Verlaufs einer Unterhandlung geleitet haben, die jetzt beendigt ist. Es ist in Frankreich, seit der Zeit Karls des Kühnen, besonders aber seit der des Kardinals Richelieu, ein von allen gewöhnlichen und auch von vielen nicht gewöhnlichen Geistern

angenommener Grundsatz der Politik, daß das Interesse unseres Landes die Erniedrigung, Demüthigung und den Verfall Ihres Landes fordere. Infolge dieser Tendenz hat die Sorge für unsere Größe eine enge Verbindung der romanischen Völker einer Seits, und der Slavischen Völker anderer Seits stets erforderlich erscheinen lassen, und die zwischen den beiden Elementen dieses furchtbaren Bündnisses gelegenen Germanischen Länder mußten so behandelt werden, wie sie es in den Jahren 1648 und 1807 wurden. Diesem System zufolge sollte das Streben: nicht sowohl Polen selbst, als vielmehr das anti-germanische Element in der Polnischen Nationalität (das Polentum) zu gebrauchen, um die Grundlage des Preussischen Staats zu erschüttern und den gänzlichen Sturz Deutschlands vorzubereiten, eine der Hauptpflichten jedes Vertreters und jedes vertraulichen Agenten Frankreichs in Berlin, sein. In einer ganz andern Weise habe ich meine Pflicht aufgefaßt. Mir schien, daß in den jetzigen Verhältnissen Europa's das gründliche Interesse der Freiheit und der Civilisation nur durch die Uebereinstimmung Frankreichs und Deutschlands gedeihen könne, daß die Einigkeit, die Größe, das innere Wohl dieses Landes, wesentlich zu dem Reorganisationsplan und zum allgemeinen Frieden Europa's mitwirken müsse, und daß keine der Strebungen der Slavischen Völker, insofern sie sich angreifend zu Deutschland verhielten und mit der nothwendigen Entwicklung der Germanischen Nationalitäten sich unverträglich zeigten, durch uns ermutigt oder unterstützt werden dürfte. Wenngleich ich den guten Eigenschaften der Polnischen Nation eine aufrichtige Gerechtigkeit widerfahren ließ und unausgesetzt daran arbeitete, durch die Anwendung ausführbarer und zulässiger Mittel, ihr Geschick glücklicher zu gestalten, so war ich doch durch diese selben Ueberzeugungen genöthigt, mein Land von der Nichtigkeit der Ansprüche zu unterrichten, welche von vielen Vertretern der Polnischen Sache erhoben wurden, ebenso die, durch eine Menge von Behauptungen verfälschte, Wahrheit wiederherzustellen, Thatsachen, die in Preußen offenkundig, in Frankreich aber unbekannt waren, festzustellen, mit einem Worte, das gute Recht der Deutschen Bevölkerung, welches durch die tägliche Presse und die Klubs unaufrichtig bekämpft wurde, vielfach zu vertreten. Beweggründe, die zu würdigen mir nicht erlaubt ist, haben die Veröffentlichung eines Theils meiner, nicht nur offenen, sondern auch vertraulichen Korrespondenz herbeigeführt; ich darf mich nicht darüber beklagen, obgleich daraus für mich der unverföhlliche Haß einer Partei hervorgeht, deren Emisäre über fast ganz Europa verbreitet sind; es ist aber jetzt für einen Jeden, der seinem Vaterlande und der Welt dienen will, unerlässlich, sich wie einen Krieger zu betrachten, der allen Beschwerden und allen Gefahren ausgesetzt ist. Was mich peinlich überrascht hat, ist, in Blättern, welche sich für Deutsche ausgeben und von Deutschen unterzeichnet sind, Invektiven gegen einen Mann zu finden, der seine persönliche Sicherheit und die ganze Zukunft seiner Existenz in Gefahr gebracht hat, um gerecht gegen Deutschland zu bleiben, und die Bande eines Bündnisses enger zu knüpfen, welches der Ehre, der Freiheit und dem Glanze Deutschlands am günstigsten erscheinen muß. Nur eine materielle Thatsache liegt vor, über welche ich mich freuen, entschiedene Erklärungen abgeben zu können. Ungeachtet meiner alten Verbindung mit Herrn v. Meyendorff und meiner Achtung vor seinem Charakter, habe ich es dennoch, seit meiner Ankunft in Berlin, sorgfältig vermieden, die geringste mündliche oder schriftliche Gemeinschaft mit ihm zu haben, und eben so habe ich mir die Regel auferlegt, während der ganzen Dauer dieses Aufenthalts und zum großen Nachtheil meiner Privat-Angelegenheit, mit Russland keine Art von persönlicher Verbindung zu unterhalten. Die Handlungsweise ehrenhafter Männer ist jedoch den Personen, die mich angreifen, so fremd, daß ich sehr wenig Hoffnung habe, die buchstäbliche Wahrheit der Thatsache, welche ich Ihnen so eben dargelegt, von ihnen anerkannt zu sehen. Ich bin im Begriff, Berlin zu verlassen, um in einer großen Ferne eine mir übertragene neue Mission zu erfüllen, aber ich werde mich mein ganzes Leben hindurch als besonders verpflichtet ansehen, Deutschland zu dienen, wenn nicht durch meine Arbeit, wenigstens durch meine Wünsche und Gebete, und ich habe die Gewissheit, indem ich so verfare, zugleich mit Patriotismus und mit Hingebung für die wahren Interessen Frankreichs, dem alle meine Bestrebungen angehören, zu handeln.

Adolph Circourt.

Berlin den 15. Juni. Die Maßregeln der Regierung, die Selbstbeschämung der Berliner, die endliche Heimkehr der, wie's schien gänzlich verlorenen, Verwundten haben unsere Ruhe wieder hergestellt. Die bereits eingekleidete Berliner Landwehr wirkt durch ihr bloßes Dasein schon vortrefflich. — Korn, Löwinson, Urban sind gestern eingezogen worden. Der Letztere ist toll geworden und hat in Ketten gelegt werden müssen. — In einer Dachstube unter den Linden soll eine Gräfin Maczynska, die bei den letzten Unruhen ihre Hand im Spiele gehabt hat, gefangen worden sein; so sagt man. — Die Minister Arnim, Caniz und Schwerin haben abgedankt; in ihre Stellen treten, Wirkliche Legationsrath Graf Bülow, General v. Schreckenstein und Präsident v. Ladenberg; Camphausen hat es heute in der Nationalversammlung bekannt gemacht, die ihre Sitzungen bis zum Dienstag deshalb eingestellt hat. General v. Schreckenstein, bisheriger Divisions-General in Trier, ist ein Mann von Thatkraft. Auch v. Griesheim war Kandidat für die Stelle.

Berlin, den 15. Juni, Nachmittags 5 Uhr. Ueber den Sturm auf das Haus des Kaufmann Benda hören wir, daß auch die Familie desselben gemißhandelt worden ist. Auch soll die Bürgerwehr durch das Umwickeln der Bajonete mit weißen Tüchern zu erkennen gegeben haben, daß sie gegen das Volk die Waffen nicht gebrauchen wolle.

Nach einer uns zugehenden glaubwürdigen Mittheilung, hat die Französische Regierung an das hiesige Gouvernement die Forderung gestellt, das gesammte Großherzogthum Posen, mit Einschluß der abgegrenzten Deutschen Distrikte, im Interesse der Wiederherstellung eines selbstständigen Polnischen Staates, freizugeben. Es soll von der Gewährung dieser Forderung die Erhaltung des Friedens zwischen Deutschland und Frankreich abhängig gemacht sein. — Arnold Ruge fühlt sich, wie erzählt wird, in Frankfurt nicht behaglich und soll beabsichtigen, binnen Kurzem nach Leipzig oder Berlin zurückzukehren. In Briefen läßt er Klagen über Intriguen der Gegenpartei laut werden.

(Schles. Ztg.)

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-

Verfassung.

(Schluß der Fünftehnten Sitzung.) Hr. Sydow erklärt, zur Be-

seitigung von Mißverständnissen, daß er die Einleitung einer Injurienklage durchaus nicht beabsichtige

Hr. Reichensperger spricht für seinen Antrag, welchen er dahin erläutert, daß er aufhebung der Polizei, inmitten der Versammlung abzwede. Nachdem er noch mehrere gemachte Einwürfe berührt, wird die Abstimmung vorgenommen. Der Philipps'sche Antrag auf einfache Tagesordnung wird verworfen, der v. Berg'sche auf motivirte Tagesordnung (mit folgendem Wortlaut: die Versammlung geht in der Erwartung, daß die betreffenden Behörden für die Sicherheit der Versammlung und jedes Abgeordneten pflichtmäßig Sorge tragen werden, zur Tagesordnung über) gleichfalls. Die Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben ergab dabei nichts, und mußte zur Zählung geschritten, wobei sich die Mehrzahl, nämlich 178, gegen die motivirte Tagesordnung aussprachen. Jetzt will Hr. Reichensperger seinen oben erwähnten Antrag zurücknehmen, der Präsident bedeutet ihm aber, daß dieß nun nicht mehr möglich sei, die Abstimmung vielmehr ihren Fortgang haben müsse. Bei dieser wird der Antrag mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit verworfen.

Der Schriftführer v. Daniels liest im Auftrage des Präsidenten 1) ein Schreiben des hiesigen Magistrats und der Stadt v. vom 10. d. M., worin das Bedauern über die Vorfälle vom 9. und der kräftigste Schutz, Namens der Bürgerschaft, ausgesprochen wird; 2) ein vom 14. datirtes Schreiben des einstweiligen Commandos der Bürgerwehr, nebst einer, mit 8000 Unterschriften bedeckten Adresse der Letztern, worin auch sie den wirksamsten Schutz vertritt.

Hr. Behnisch macht die Anfrage an den Minister der ausw. Angelegenheiten, ob er sich erklären wolle über die von der Französ. und Englischen Presse bestimmt ausgesprochenen Behauptung, wonach der plötzliche Rückzug des Gen. Wrangel aus Jütland keinesweges der angebotenen Vermittelung v. Ed. Palmerson, sondern einer Note zuzuschreiben sei, welche der Czar dem Preussischen Cabinet zugesandt des Inhalts, daß wenn die Truppen nicht innerhalb einer gegebenen Frist (28. Mai) aus Jütland zurückgezogen wären, er dies einer Kriegserklärung gleich achten würde. Die Anfrage wird unterstützt, und der Ministerpräsident bemerkt, in Abwesenheit des Ministers v. Arnim, daß über die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit der Adress-Commission schon Mittheilungen gemacht worden und er sich erkundigen wolle, ob auch der vorstehenden Anfrage dabei erwähnt worden. Hr. v. Enckevort (Abg. für Uckermark) beantragt: „Die Versammlung möge beschließen, sobald wie thunlich an die Verathung des v. Sr. Maj. durch das verantwortliche Staatsministerium vorgelegten Verfassungs-Entwurf zu geben, — keinesweges aber dem Ansuchen einer Partei nachzugehen, welche jenen Entwurf gänzlich verwerfen und einen neuen schaffen will, da dieß ein erklärter Bruch zwischen König und Volk sein würde. (Großer Lärm. Ruf: „zur Ordnung.“) Viele Abg. zur Linken erheben sich gleichzeitig unwillig gegen diesen schwach unterstützten Antrag. Der Präsident muß sich wiederholentlich der Glocke zur Herstellung der Ruhe bedienen. Hr. Schulz (Wanzleben) erklärt diesen Antrag für eben so beleidigend, wie unparlamentarisch; ebenso Hr. Behnisch, welcher gar nicht begreifen kann, wie der Präsident ihn auf die Tagesordnung zu setzen vermochte. Dieser entgegnet, daß er jenen Antrag, wie er ihm zukomme, auf die Tagesordnung setze, und wünsche, daß die Versammlung dies auch anerkenne (Bravo.) Hr. Blöhm erklärt, daß der Antrag Jeden, welcher für einen andern Verfassungs-Entwurf gestimmt, persönlich beleidige, und er beantrage daher, die Worte von „keinesweges“ bis ans Ende zu streichen. Hr. v. Enckevort bestreitet, daß er eine Absicht zu beleidigen gehabt, wogegen Herr Parisius den Antragsteller zur Ordnung gewiesen haben will. Hr. Elsner beantragt die Tagesordnung. Niemand könne bestreiten, daß in diesem Saale Parteien sich gebildet; er gehöre auch zu der von dem Antragsteller angegriffenen Partei, ihn habe er nicht beleidigt. Die Versammlung beschließt die Tagesordnung, verweist den Antrag aber doch an die Abtheilung. Hr. Bloem verlangt noch nachträgliche Abstimmung über seinen Antrag, kommt aber damit nicht durch. Der Finanz-Minister Hansmann bittet aufregende Debatten, welche doch kein praktisches Ergebnis haben, zu vermeiden; er halte es nicht für unehrenwerth einer Partei anzugehören. Die Sache erledige sich wohl am besten, wenn der Antragsteller die angefochtenen Worte zurücknehme. (Dieß geschieht sofort.) Hr. v. Berg beantragt den Schluß der Sitzung, welchem Antrag auch stattgegeben ward. (Schluß um 4 Uhr. Beginn der Donnerstags-Sitzung 12 Uhr Mittags.)

Wien, den 15. Juni. In der Wiener Zeitung liest man über die Vorfälle in Prag: „Einer so eben eingehenden Depesche vom 14. Juni zwei Uhr Nachts zufolge ist der Feldmarschall-Lieutenant Fürst Windischgrätz vollkommen Meister der Stadt geblieben. Es stellt sich nun heraus, daß die Schuld an diesem blutigen Ereigniß größtentheils der Swornost-Partei zuzuschreiben ist. Nachdem man nämlich dem Feldmarschall-Lieutenant Windischgrätz schon am 10. in Folge der von ihm ertheilten abschlägigen Antwort eine Raketenmuff gebracht hatte, zog die Swornost-Partei, wie bereits früher erwähnt wurde, vor das General-Commando, indem sie sich singend über den Namen Windischgrätz lustig machte. Nachdem die von Seiten des auswärtigen Militärs ergangene Aufforderung zur Ruhe nicht beachtet und im Gewirre aus einem Fenster des Gasthofes zum Engel die Gemahlin des Feldmarschall-Lieutenants, welche eben aus dem Fenster herabsah, erschossen worden war, trat Feldmarschall-Lieutenant Fürst Windischgrätz selbstunter die Menge herab und sprach ungefähr Folgendes: „Meine Herren! Wenn es Ihr Wunsch ist, mir, weil ich ein Aristokrat bin, eine Raketenmuff zu bringen, so ziehen Sie vor mein Palais und thun Sie dort, was Ihnen beliebt. Ich will Ihnen sogar eine Sicherheitswache mitgeben, damit Sie in Ihrer Unterhaltung nicht gestört werden. Wenn Sie mir aber, weil ich Kommandant von Prag bin, im Angesichte dieses Gebäudes eine Demonstration zu machen beabsichtigen, so sage ich Ihnen, daß ich einen solchen Schritt mit aller mir zu Gebote stehenden Strenge ahnden werde. Meine Gemahlin liegt bereits als Leiche oben, und doch spreche ich in Güte zu Ihnen. Meine Herren, zwingen Sie mich nicht zur Strenge.“ Nachdem der Kommandant seine Rede beendet, wurde er statt aller Antwort von zwei Tischeben gepackt und zur nächsten Laterne gezogen, wo man bereits einen Strick in Bereitschaft hielt. Da jedoch in demselben Augenblicke die Soldaten mit gefälltem Bajonete in die Menge

eindringen, so wurde der Fürst in wenigen Sekunden befreit, und die Ereignisse nahmen hierauf den von uns bereits erwähnten Fortgang."

Die Leipz. Ztg. meldet über diese Unruhen noch Folgendes aus Dresden: Dresden, den 14. Juni, Abends 8 Uhr. Die Prager Post ist heute Morgen und Nachmittag ausgeblieben, auch das Böhmisches Dampfschiff „Germania“, welches heute erwartet wird, ist noch nicht da; dagegen ist ein Sächsisches Dampfschiff von Leitmeritz mit Mehreren, die gestern aus Prag geflüchtet, angekommen; unter ihnen drei Einwohner Dresdens, die im „goldnen Engel“, dem Kommandanturgebäude gegenüber, gewohnt und den Beginn des Kampfes mit angesehen haben. Ihre Erzählung bestätigt den größten Theil des schon Berichteten. Die Studenten hatten Kanonen, Gewehre und Munition vom Fürsten Windischgrätz verlangt, die ihnen abgeschlagen wurden; mit ihnen verband sich ein großer Theil Tschechischen Volkes und, wie man sagt, auch die Schworost; sie sendeten gemeinschaftlich eine Deputation an den Erzherzog Franz Karl, der demnach in Prag sich befindet, und verlangten die Entfernung des ihnen verhassten Kommandirenden von Böhmen, Windischgrätz, dessen eisernen Willen und Energie sie fürchteten, und erneuerten ihre Bitte um Geschütz; Beides wurde ihnen wieder verweigert. Am 13. wurde von dieser Partei die Messe unter freiem Himmel abgehalten. Darauf wurden Barrikaden gebaut und das Verlangen von neuem gestellt. Windischgrätz ließ verkünden, daß, wenn bis Nachmittags vier Uhr die Barrikaden nicht weggenommen worden, er sie mit Kanonen niederschließen lassen würde. Das sämtliche Militär in Prag wurde aufgeboten. Vor der Kommandantur standen die Grenadiere des Regiments Palombini; das Volk drängte in Massen heran. Da fiel der unglückliche Schuß, der die Fürstin Windischgrätz tödtete. Die Soldaten glaubten, er sei aus dem „goldnen Engel“ gekommen, und mehrere Grenadiere drangen in den Gasthof ein. Ein Fremder, den die Erzählenden nicht näher bezeichnen konnten, kam ihnen, als sie an sein Zimmer traten, entgegen; was da verhandelt worden, können jene nicht näher angeben, „hier ist nicht geschossen worden!“ soll er gerufen haben, genug er fiel von den Bajonetten der Grenadiere. Nun drangen diese auch in die Zimmer unserer Mitbürger; ein Offizier rettete durch sein Dazwischentreten die Bedrohten. Mit Vermittelung und Hülfe einiger Offiziere und Soldaten konnten sich die Herren mit Hinterlassung ihres Gepäcks noch aus der Stadt retten. Doch sahen sie noch, wie ein kommandirender Oberst nach seiner Uhr sah und sagte: in fünf Minuten ist es vier, in fünf Minuten muß ich schießen lassen. Der Kampf begann, der Oberst war einer der Ersten, der fiel. Auch vernahmen sie noch vor ihrer Abreise, daß der Thäter des unglücklichen Schusses auf die Fürstin ermittelt worden war. Es war ein verabschiedeter Jäger des Fürsten, der sich in dem dem „Engel“ zunächst liegenden Kaffeehause, „der Tempel“, befand und, am Fürsten Rache zu nehmen, diesem, hinter einem Vorhang versteckt, mit dem Mordgewehr aufwartete. Er sieht gegenüber die Vorhänge sich bewegen und daß Jemand dahinter hervorkommen will, der Kopf kommt vor, er schießt ohne Bedenken, wie er glaubt auf den General, und die Fürstin sinkt tödtlich getroffen nieder. Auch der Sohn des Fürsten soll schwer verwundet worden sein. Weiter sahen die Herren auch die furchtbaren Zuzüge des Prager Pöbels mit allerlei Waffen, Senen, Morgensternen etc., auch anführende Priester soll man gesehen haben. Nach dem Karolinenthal (Vorstadt von Prag) entkamen die Flüchtigen und von da gestern Morgen nach dem Dampfschiff. Sie hörten das Gewehrfeuer und den Donner der Kanonen.

Pesth, den 12. Juni. Ein Diebstahl, der von einem Italiener an einem Ungarischen Soldaten verübt wurde, ist die Veranlassung zu einem sehr bedauerlichen Konflikte, geworden. Diese beiden geriethen nämlich darüber in einen thätlichen Streit, aus welchem sich eine äußerst blutige Scene entspann. Das ganze Italienische Militär mischte sich nämlich in den Handel. Es kam zum förmlichen Kampfe zwischen ihnen und der mobilen Nationalgarde. Das erstere sperrte die Kaserne, das Invalidenhotel und tödtete oder verwundete viele von der Garde. Es wurde Reveille geschlagen, mit allen Glocken gestürmt; ganz Pesth und Ofen ist auf, und bis jetzt, 12 Uhr Mittags, haben sich die Italiener noch nicht ergeben. Der Kriegsminister begab sich mit Gefahr seines Lebens zu ihnen, es wurde ihm aber nicht Folge geleistet. Jetzt ist sogar der Palatin dort; man hofft auf einen Ausgleich, aber bei dem Blutbade, das schon jetzt angerichtet, läßt sich dies nicht so leicht hoffen. Alles Militär von Ofen und anderen Kasernen, Bürger- u. Nationalgarden haben die Kaserne umringt, 6 Kanonen sind gegen dieselbe aufgeföhren. Der letzte Termin ist ihnen bis 3 Uhr Nachmittags zur Uebergabe gesetzt worden. Falls sie auch dann noch anstehen, wird die Kaserne beschossen werden. (Wie wir aus einem zuverlässigen Berichte vom Abend desselben Tages ersahen, soll die Ruhe wieder hergestellt sein. Auch wird in demselben von 17 Todten gesprochen, unter welchen Oberlieutenant Baron Maßburg und nach Gerüchten auch Graf Zichy. Die Italiener, die sich verbarrakadirt hatten, sollen sich ergeben und die Waffen niedergelegt haben und endlich nach Komorn abgeführt worden sein. Lieutenant Galovich ist schwer verwundet. Spätere Berichte sprechen nur von 5 Todten vom Militär, 8 schwer und 6 leicht Verwundeten. Selbst einzeln stehende Schildwachen und vom Spaziergang zurückkehrende Italiener wurden schmachlich hingemordet.) (A. Destr. 3.)

A u s l a n d.

F r a n k r e i c h.

Paris, den 12. Juni. Starke Arbeitergruppen lagerten in der Nähe des Tuilleriesgartens und an der Revolutions- oder Eintrachtsbrücke. Aehnliche Haufen durchziehen die Boulevards und andere Stadtviertel. Auf mehrfache Anfragen, was dieses Zusammenscharen bedeute, erwidern sie ernst: „Wir wollen den Bürger Napoleon Louis Bonaparte in die National-Versammlung geleiten.“

Diese Aufregung hat die höchste Militärbehörde veranlaßt, den Generalmarsch schlagen zu lassen und sämtliche Bürgerwehr unter die Waffen zu rufen. Unter diesen und ähnlichen Umständen eröffnete Präsident Senard um 1 Uhr die Sitzung. Die Repräsentanten waren sehr zahlreich. Napoleon Bonaparte ergriff zuerst das Wort zu einer Erläuterung des Protokolls.

„Ich war,“ begann er, „leider nicht mehr anwesend, als der Bürger Hedere am Sonnabend das Ereigniß in Troyes berührte und den Kriegsminister General Cavaignac zu der Erklärung veranlaßte, daß die öffentliche Verwünschung einen Jeden treffen würde, der es wagen sollte, die Regierungsform anzutasten, die sich Frankreich gegeben. Ich würde hier, wo wir nur Grundsätze verhandeln sollen, nicht auf jenen Fall zurückkehren, wenn nicht leider Personen ins Spiel gebracht worden wären, deren Namen ich trage, und deren Handlungsweise von vielen Zeitungen mit den schwärzesten Farben dargestellt wird. Ich bin Bewunderer und Freund des Angegriffenen, werde aber der Erste sein, der seine Verurteilung verlangt, wenn die ihm gemachten Vorwürfe gegründet wären. So aber entspringen sie nur aus der erbärmlichsten Verleumdung. Ich glaube aber, daß der Bürger Louis Bonaparte gegenseitig gleiche Rechte mit allen übrigen französischen Bürgern besitzt. Sie wissen, daß es Parteien giebt; diese Parteien wählen und ergreifen jeden Anlaß zur Störung der öffentlichen Ruhe. Unbestreitbar ist der Name Louis Bonaparte's ein Hebel, dessen die Wähler sich bedienen können. Aber muß man deshalb einen Mann und einen Namen für strafbare Thaten verantwortlich machen, die auf diesen Namen hin versucht werden können? Sahen wir nicht wie die Meuterer am 19. Mai die ehrenwerthesten Namen mißbrauchten? Ich will Ihnen auf meine Ehre die ganze Wahrheit sagen. Gleich beim Ausbruche der Februar-Revolution kam der Bürger L. Bonaparte nach Paris und begab sich zur provisorischen Regierung, die ihn wohlwollend aufnahm, in Erwägung ihrer schwierigen Lage aber ihn bat, nach London zurückzukehren. Er gehorchte und machte sich eine Ehre daraus. Er ist allem fremd geblieben, was seit einigen Tagen geschieht. Aus Patriotismus hat er jede Kandidatur abgelehnt. Bei den neuen Wahlen hat man seine Candidatur improvisirt, und ich bin erstaunt, daß drei oder vier Wahlen auf ihn gefallen sind. Er selbst ist darüber erstaunt. Ich nahm an der Wahl nicht Theil; hätte ich es gethan, so würde ich für L. Bonaparte gestimmt haben. Woher aber kommen die schändlichen Verleumdungen, die man von allen Seiten ausprengt? Man sagt, die fremden Mächte hätten durch die Hände der Bonaparte Geld ausgestreut, um die Kandidatur Louis Bonaparte's zu fördern. Das ist eine unwürdige Verleumdung einer Familie, die seit 30 Jahren wahrlich kein Gegenstand von Sympathieen des Auslandes war. Und ein Bonaparte würde fremdes Geld anwenden, um seine Brüder, die Franzosen zu bestechen? Ich habe Schritte gethan, um die Urheber dieser Verleumdung zu ermitteln, und ich bitte die Regierung, das mitzutheilen, was sie über diese Verleumdungen weiß, oder dieselben Lügen zu strafen; denn so eben erst vernahm ich, daß man gegen meinen Vetter ein Verbannungsgesetz vorschlagen will.“ Minister Flocon: „Die eben vernommenen Erläuterungen wären passender durch einen andern Mund gegeben worden.“ (Murren.) Napoleon Bonaparte: „Ich genehmige willig die Zurechtweisung, glaube sie aber nicht verdient zu haben.“ Herr Flocon: „Ich habe Niemand zurechtgewiesen. Was die Frage an sich betrifft, so muß ich Ihnen sagen, daß die Regierung alle geeigneten Maßregeln ergreifen wird, um eine Verletzung der öffentlichen Freiheiten zu verhindern und um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern. Diese Frage steht aber für heute nicht auf der Tagesordnung, und ich glaube nicht, daß die Versammlung zur Abänderung der Tagesordnung geneigt ist. Uebrigens erkläre ich, daß die Regierung bereit ist, sich zu erklären, wenn die Versammlung es verlangt.“ — Auf den Antrag der Berichterstatter wurden hierauf die Wahlen des Herrn Thiers (in zwei Departements) und drei anderer Neugewählten für gültig erklärt. Nachdem einige Redner für und gegen die Regierung gesprochen, Paul Sevastre gegen die Klubs, General Bedau gegen das Mißtrauen in die bewaffnete Macht und gegen die Besorgniß von Präbendentenumtrieben, bestieg Lamartine unter allgemeiner Aufmerksamkeit die Tribüne und sagte im Wesentlichen: „Inmitten der Besorgniß, die seit einigen Tagen auf der Versammlung und dem Lande lastet, erstaune ich nicht über den einmüthigen Beifall, den eben Bedeau's Worte fanden. Auch wir fühlen, daß diese Besorgniß, welche den Druck der Aufregung auf die wichtigsten Angelegenheiten ausübt, zerstreut werden muß. Nicht Stärke, sondern Klarheit der Verhältnisse fehlt der vollziehenden Kommission, fehlt der National-Versammlung. Das Mißverständnis, welches sich leider zwischen das Land und uns gestellt hat, muß schwinden, und gern ergreifen wir daher diesen Anlaß, um uns offen und würdig auszusprechen. Man hat uns gefragt, ob es wahr sei, daß seit dem Ursprunge der interimistischen Gewalt Spaltungen unter ihren Mitgliedern bestanden hätten, und daß der Druck gewisser Ansichten die Kraft der Regierung verhindert habe, sich so zu entfalten, wie das Interesse des Landes es erheischte? Ich antworte ohne Zögern mit Nein. Wie können sie annehmen, daß wir im Amte geblieben wären, wenn sich ernste Zerwürfnisse zwischen uns erhoben hätten? Es wäre allenfalls begreiflich, daß die provisorische Regierung aus Rücksichten, um das Land nicht zu beunruhigen, selbst bei innerer Spaltung beisammen geblieben wäre; wer könne aber seit Einsetzung der vollziehenden Kommission an so etwas denken? Wo wäre die Gefahr, wo wären die gebieterischen Umstände, welche uns ein solches Verhalten aufnöthigten? Ist nicht die National-Versammlung da, um uns sofort zu ersetzen? Bestände Spaltung oder Uneinigkeit zwischen uns, so würde nichts uns abhalten, noch heute auf diese Tribüne unsere Uneinigkeit und unsere Verantwortlichkeit niederzulegen. Diese Vorwürfe, dieser Mangel an Vertrauen, diese Gerüchte haben weder mich, noch, wie ich glaube, einen meiner Kollegen überrascht. Seit Ihrem Zusammentritte sah ich stets die

Gefahr voraus, welche für die Mitglieder der provisorischen Regierung darin liegen würde, der ersten auf sie folgenden Regierung anzugehören. Während unserer provisorischen Willkür- und Diktatur-Regierung gab es manche Regelwidrigkeiten, manche Irrthümer, manche Geheimnisse, welche sich einst aufklären werden; aber die Versammlung konnte nicht gleich anfangs die Umstände kennen und sich danach achten; es mußten in den Gemüthern gewisse Empfindlichkeiten, Zweifel, Misstrauen zurückbleiben. Ich erkenne dies an, und es wundert mich nicht, daß außerhalb dieser Versammlung auf uns Verleumdungen gehäuft wurden. Die Parteien verzeihen es uns nie, daß wir den Muth hatten, die Gewalt im Augenblicke der höchsten Gefahr zu übernehmen und die Regierung auf Grundsätze zu begründen, welche nicht die ihrigen waren. Ich halte mich bei diesen Verleumdungen nicht weiter auf. Man fragt uns, weshalb wir kein Programm haben? Uns fehlte bisher die Zeit zum Reden, aber nicht zum Handeln. Man sagt uns: „Ihr hatet seit länger als zwei Monaten alle Gewalt in Händen, und Ihr habt keinen jener konstitutionellen Akte vollzogen, die ein System begründen.“ Europa war gerechter als die, welche uns diesen Vorwurf machen; es wirft uns nicht vor, daß uns jener Gedanke fehle, welcher leitet und seinen Handlungen Einheit giebt. Raum zur Gewalt gelangt, was war unser erster Gedanke?

Wir suchten vor Allem die Bewegung der Geister richtig zu erfassen; wir fragten uns, wie die niedergeworfene Gewalt neu zu organisiren sei, wie man den Stößen, die wir voraussahen und die seit drei Monaten gegen uns gerichtet wurden, und jener Aufregung widerstehen könne, welche gegenwärtig in ihrer letzten Gestalt auftritt und gegen welche General Debeau eben im Namen der Armee und des Ruhmes protestirte, wie wir es im Namen des Vaterlandes und der Freiheit thun. Wir haben die Lage reiflich erwogen und die Republik proklamirt, nicht, um den Schwierigkeiten des Augenblicks zu entgehen, sondern weil wir erkannten, daß die Republik für unser Land die einzige Garantie der Ordnung und Freiheit sei. Will man uns vielleicht noch vorwerfen, daß wir die öffentliche Gewalt nicht einer durch andere Dynastien bekämpften Dynastie sondern dem ganzen Volke übertragen wollten?“ (Beifall.) Die Sitzung wurde jetzt auf Lamartine's Begehren auf eine Weile ausgesetzt. Man vernahm draußen Trommelschlag; im Saale herrschte lebhafteste Aufregung. Um 5¼ Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Das Gerücht von einer Meuterei zu Gunsten Louis Bonaparte's verbreitete sich; man sprach von einem beim Angriffe verwundeten Dragoner-Offizier. Lamartine nahm von neuem das Wort und sagte: „Ein unglücklicher Vorgang hat unsere Sitzung unterbrochen. Drei Flintenschüsse sind gefallen, einer auf den Befehlshaber der National-Garde, unter dem Geschrei: Es lebe der Kaiser Napoleon! (Bestürzung.) Dies ist das erste Blut, welches die Februar-Revolution besetzt, aber es ist wenigstens nicht im Namen der Freiheit gekossen. Unter diesen Umständen schlage ich der Versammlung vor, sofort ein Dekret zu genehmigen, das wir Ihnen erst später vorlegen wollten, aber bereits heute früh einmüthig unterzeichneten.“ (Tumult. Aufregung.) Karabit: „Keine Abstimmung durch Acclamation!“ Lamartine: „Ich begehre keine Abstimmung durch Acclamation. Der Dekret-Entwurf wird, wenn man will, an die Büreaus gewiesen werden; er besteht übrigens darin, daß dem Justiz-Minister die Vollziehung des Gesetzes von 1832 anempfohlen wird, welches dem Charles Louis Bonaparte den Französischen Boden verbietet.“ (Nach Verlesung des Dekrets, welcher donnernde Vivats für die Republik und lang anhaltende Hurrahs folgten, erklärte Lamartine, daß der stattgehabte traurige Vorfall ihn zwingt, einen Theil seiner Rede zu unterdrücken. Er sagte sodann: „Wir haben die Republik ernstlich genommen. (Karabit: Auch wir.) Man klagt uns nicht bloß der Fehler der Vergangenheit an, sondern seit dem 15. Mai beschuldigt man mich, den Männern des 15. Mai die Hand gereicht und mit Blanqui konspirirt zu haben. Man hat mich, ich weiß nicht welchen Komplotts bezüchtigt. Die Zeit wird alle diese Verleumdungen aufklären. Oh! Ohne Zweifel habe ich mit Cabet, mit Raspail, mit Blanqui, mit Sobrier konspirirt; aber wissen Sie, wie ich konspirirt habe? Wie der Blizableiter mit dem Blize. (Beifall und langanhaltende Bewegung.) Nach diesem Bekenntniß erkläre ich, daß ich alle gegen mich ausgestreuten Verleumdungen verachte. Wir sind entschlossen, auf unserem Pfade fest vorwärts zu schreiten, und keine Gefahr soll uns davon abhalten; schenken Sie uns aber auch im Austausch gegen unsere Hingebung ein wenig mehr Vertrauen.“ (Beifall.) Pierre Bonaparte erhielt darauf das Wort und sprach sich folgendermaßen aus: „Volkvertreter! Alle diejenigen, welche meinen Namen tragen, verwerfen und brandmarken das Verbrechen, welches so eben verübt worden ist. (Schreit gut!) Es ist möglich, daß man gerufen hat: Es lebe der Kaiser! allein ich darf sagen, daß dies eine gehässige Berechnung ist; noch nie hatte man sich bisher dieses glorreichen Namens bedient, um Französisches Blut zu vergießen. (Bravo!) Wir werden über unser Land den Bürgerkrieg nicht bringen, wir werden bloß daran erinnern, daß Napoleon ohne Zögern lieber seine Person und seine Familie für Frankreich opferte, als daß er es zu einem Bürgerkriege kommen ließ. (Bravo!) Was mich anbelangt, so kann ich keine Verdächtigungen begreifen, die ich nicht verdiene. (Nein! Nein!) Ich habe der Republik geschworen, und ich werde niemals einen anderen Eid leisten. Ich bin Republikaner von Vater zu Sohn. (Bravo!) Sie wissen es! Vielleicht hat die Stunde der Prüfungen für Sie wie für mich geschlagen. Das erschreckt mich nicht, und ich bin bereit, in den ersten Reihen gegen die Anarchisten und Reactionaire zu ziehen. (Anhaltendes Bravo!) Die Republik ist mein Abgott, und ich würde lieber sterben, als einen anderen annehmen.“ (Donnerndes Beifallklatschen.) Napoleon Bonaparte: „Ich stimme von ganzem Herzen den warmen Worten bei, welche so eben von dieser

Rednerbühne wiederhallen, es bleibt mir jetzt eine peinliche Pflicht zu erfüllen, eine weniger glänzende Pflicht; erlauben Sie mir, an Ihre Unparteilichkeit, an Ihre Vernunft zu appelliren. Ich beschuldige Herrn Lamartine nicht, er hat sich wahrscheinlich geirrt; allein ich stelle die Frage: ob der Augenblick gut gewählt ist, um von Ihrer Entrüstung ein Verbannungs-Dekret zu verlangen! (Unterbrechung.) Hieße es nicht ein gehässiges Verhältniß herstellen wollen zwischen einem Verbrechen, welches ich beklage, und einem glorreichen Namen, welcher, des bin ich gewiß, nur zum Vorwande gedient hat? Wer kann aber den schändlichen Berechnungen der Factionen vorbeugen! Wer sagt, daß man nicht die ehrenwerthesten Namen dem Volke als Köder hinwerfen wird, eben weil sie ehrenwerth sind? Im Namen Frankreichs, im Namen unserer glorreichsten Erinnerungen lege ich Protest ein gegen diese Machinationen. (Bewegung. Viele Stimmen: Zum Schlusse!) Beaumont widersezt sich dem Schlusse. Adelsward verlangt, daß die vollziehende Kommission sich besser, zumal hinsichtlich ihres Benehmens am 15. Mai, erkläre. Das Dekret über die Auflösung der republikanischen Garde sei noch nicht befolgt worden. Die National-Versammlung hübe jeden Tag mehr von ihrem Ansehen ein. Der Präsident ruft den Redner zu Ordnung. Adelsward fährt in den heftigsten Anschuldigungen fort. Viele Stimmen: Zur Ordnung! Schluß! Der Schluß wird ausgesprochen und der erste Artikel des Kommissions-Berichtes angenommen, so wie nach einigen Debatten der zweite Artikel, welcher 25,000 Fr. für Polizei-Ausgaben aussetzt, und der dritte, welcher diesen Kredit auf das Budget von 1848 stellt; endlich auch mit 569 gegen 112 Stimmen der ganze Entwurf, worauf die Versammlung sich vertratete.

Schweden und Norwegen.

Malmo, den 8. Juni. (Alt. Merk.) Se. Majestät der König, der vorgestern bei seinem Eintreffen hieselbst von der Bevölkerung mit den Aeußerungen des lebhaftesten Enthusiasmus empfangen wurde, wird noch eine Zeit lang hier verweilen. Er empfing gestern den Besuch des Königs von Dänemark, der sich in Begleitung des Erbprinzen Ferdinand, des Prinzen Christian von Glücksburg und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Knuth, hierher begab. Auch unser Minister des Auswärtigen, Freiherr von Stjerneld, so wie die Staatsräthe von Hohenhausen, Samstrome und Gjenberg, sind hier anwesend. Unser Armeekorps wird in wenigen Tagen hier in Schonen beisammen sein. Uebrigens wünscht und hofft hier Alles die friedliche Beilegung der Schleswigischen Angelegenheit.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Einige Worte zur Verständigung über die Frage, warum die Stadt Posen durchaus zum Deutschen Bunde gehören soll.

Ehe wir die Gründe, warum Posen nie aufhören werde, eine Deutsche Stadt zu sein, mit anderen Worten, warum Posen nie aufhören werde, das zu sein, was es nie gewesen ist, sondern, erlauben wir uns folgende Bemerkung. Als unsre Vorfahren Juden und Deutsche in früheren Jahrhunderten gastfrei in ihrem Lande, welches Bedrängten und Verfolgten — gleichviel welcher Nation sie angehörten, oder welchem Glaubensbekenntniß sie anhängen — stets offen stand, ausnahmen, ihnen hier sowohl in Städten, als auf dem flachen Lande Niederlassungen zu gründen erlaubten, ihnen Immunitäten und Privilegien verliehen, deren sie selbst in der Mitte des 18. Jahrhunderts in ihrer Heimath sich noch nicht zu erfreuen gehabt haben würden, ahnten sie nicht, welches Verdienst sie sich um uns erwarben, ahnten sie nicht, wie im 19. Jahrhundert Juden und Deutsche, in dem Augenblicke, wo ihnen die Brust schwillt vor Stolz, einem freien Volke anzugehören, gemeinschaftliche Sache machen würden, um uns, den rechtmäßigen Erben unsern Besty streitig zu machen und zu entreißen, um uns, die Unglücklichen, auf jede erdenkliche Weise zu kränken und zu schmähen, um uns, die Unterjochten, im Namen der Völkerfreiheit auf unserm eignen Boden vollends zu Heloten zu machen. Sie ahnten dies Alles nicht, denn das Deutsche Sprichwort: „Undank ist der Welt Lohn“, war ihnen unbekannt.

Stolz auf die Errungenschaften des März 1848 kommen die Bestandtheile des hiesigen „Deutschen“ Elements darin überein, daß sie, nachdem sie im ersten Enthusiasmus für Völkerfreiheit, also auch für die Freiheit Polens geschwärmt, gar bald in ihrem Feuer nachließen und zu dem nüchternen und praktischen Resultat gelangten, es seien die Vortheile, welche ihnen das gekürzte System — ein System, das sie laut und offen desavouirt hatten — gebracht, festzuhalten, für ewige Zeiten zu sichern und wo möglich durch neue zu vermehren, uns aber nur die wenigsten und geringsten zu überlassen. Diesem großen Ziele steuern die hiesigen „freien“ Deutschen und Juden mit verbündeter Macht zu. Posen ist ihnen zu wichtig, als daß sie es fahren lassen könnten, Posen muß in ihren Händen bleiben, muß durchaus zum Deutschen Bunde gehören. Die, hierfür zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten angeführten Gründe sind im Allgemeinen folgende: 1) Posen ist Festung und muß daher Bundesfestung werden (um das Deutsche Volk gegen das Polnische zu sichern?) — Dies fordern politische und militairische Rücksichten, das Gesamtinteresse Deutschlands und das Sonderinteresse Preußens. Völkerfreiheit, Völkerverbrüderung, wo bleibt ihr, wenn ihr ohne Kabinetpolitik, ohne Interessen, wie sie vordem die Fürsten hatten, ohne militairische Punkte, Festungen, ohne Grenzen, durch Kunst oder Natur geschützt, nicht bestehen dürft! 2) Das Uebergewicht der Bevölkerung ist auf Seite der Deutschen.* Wenn dem auch wirklich so wäre, so fragen wir, woher das Recht, daß Ankömmlinge sich anmaßen dürfen, über die heiligsten Interessen der indigenae zu bestimmen? Dem ist aber nicht so, denn Posen

* Wenn ein derartiger Grund stichhaltig sein sollte, dann ließe Rußland Gefahr die Stadt Saratow, die fast ausschließlich von Deutschen bewohnt ist, zu verlieren. Aus einem ähnlichen Grunde könnten dereinst die Juden die Galizische Stadt Brody für Palästina reklamiren.

zählt auf 42,000 Einw. 22,000 Polen, also mehr als Deutsche und Juden, deren es hier an 10,000 giebt, zusammen. Dies Uebergewicht auf unsrer Seite würde noch deutlicher hervortreten, wenn wir eine eben so große Masse von Civil- und Militär-Beamtenfamilien hier hätten, wie die Deutschen, wenn die Regierung nicht eine solche Unmasse Deutscher Arbeiter und Handwerker zu den Festungs- und sonstigen Bauten herangezogen hätte. 3) Das Uebergewicht der Bildung und geistigen Kraft ist in der Deutschen Bevölkerung repräsentirt. Ein guter Grund! Also jetzt, nach den Märztagen, scheut man sich nicht, für eine Klasse der Menschheit mehr und bessere Vortheile und Rechte in Anspruch zu nehmen, als für eine andere. Bis zum März waren alle Klassen gleich unmündig, gleich unberechtigt; vor der Hand scheint jetzt bloß die gebildete Klasse mündig geworden zu sein, um für sich das Bessere, welches sie schon vordem, trotz der Beschränktheit des Unterthanenverstandes, herausgespät, sicher zu stellen. Freilich geschah genug in einer Nacht. — Worin sich übrigens das Uebergewicht der Bildung und geistigen Kraft gerade der hiesigen „Deutschen“ Bevölkerung zeigt, darüber schwebt ein Dunkel, welches wir nicht zu enthüllen vermögen. Vielleicht darin, daß zum Vorparlament in Frankfurt a. M. der Dr. Löw (ein Beamter und Ankömmling) als Unterhändler und Agitator gesandt, daß zur Nationalversammlung in Berlin Herr Neumann als Deputirter, Hr. Seger als Stellvertreter (beides Beamte und Ankömmlinge), zur konstituierenden Versammlung in Frankfurt a. M. Hr. Wiebig (ein Beamter) als Deputirter, Hr. Dazur (ein Beamter und Ankömmling) als Stellvertreter gewählt worden. Oder darin, daß das hiesige sogen. Deutsche Central-Comité auf 30 Mitglieder 14 Beamte zählt und zur Hälfte mindestens aus Ankömmlingen besteht? 4) Die Poln. Bevölkerung der Stadt Posen gehört vorherrschend den niederen und un- bemittelten Klassen, umgekehrt aber die Deutsche vorherrschend den wohlhabenden Mittelklassen an. Ein sehr philanthropischer Grund, den wir nicht weiter berühren wollen, weil darin, streng genommen, nichts zu berühren ist. 5) Die Poln. Bevölkerung trägt zu den öffentlichen Staats- und Communal-lasten kaum die Hälfte von dem bei, was die Deutsche leistet, während nichtsdestoweniger die Mittel der Communalarmenpflege — die städtischen Armenfonds stammen aus Altpolnischen Zeiten her — vorzugsweise Poln. Armen zu Gute kommen. Die Philanthropie ist in der That auf die Spitze getrieben! — Es ist hier nicht der Ort, auszuführen, wodurch der Wohlstand der Deutschen eingebornen und eingewanderten Bevölkerung in Flor gebracht, der der Polnischen dagegen so sehr herabgedrückt wurde, wir erlauben uns nur die Frage, ob nicht jetzt nach den Märztagen der Arme auch die seitens gleiche Rechte mit dem Reichen beanspruchen darf? Oder sollen die März-Erwerbungen nur den wohlhabenderen „Klassen“ zu Gute kommen? 6) Das Uebergewicht des Besitzstandes in Posen ist auf Seite der Deutschen. Von 1191 Grundstücken kommen 408 auf Polen, 783 auf Deutsche. Rechnet man von letzteren die Grundstücke der Juden, die Staats-, Communal- und Corporationsgrundstücke ab, dann wird sich wohl zeigen, wie viel die Polen Grundstücke mehr, als die Deutschen oder Juden besitzen. 7) Es giebt in Posen 720 Deutsche (incl. der Jüdischen) und 330 Polnische Bürger. Diese Angabe liefert noch keineswegs die Basis zu einer rechtlichen Begründung, sondern ist nichts weiter, als eine reine Zahlendemonstration. Wir erlauben uns die Frage, ob wohl auch jeder der Deutschen und Jüdischen Bürger das zur Erwerbung des Bürgerrechts berechtigende Einkommen besitzt? Uebrigens ist es ja bekannt, wie Deutsche und Juden zur Erwerbung des Bürgerrechts herangezogen werden, während die Polen unbeachtet bleiben. 8) Unter den Deutschen (und Jüdischen) Bürgern sind 315, unter den Polnischen dagegen nur 115 zu Stadtverordneten wählbar. Dies stellen wir nicht in Abrede, wir wundern uns vielmehr noch, daß die Zahl der Deutschen Kandidaten nicht doppelt so groß ist, denn in der Unmasse von Beamten werden sich doch wohl einige Hunderte finden, die mehr als 800 Rthlr. jährliches Einkommen haben. 9) Handwerker und Gewerbetreibende sind in der Mehrzahl Deutsche. Dies ist richtig; man bedenke aber, wie viel Deutsche Handwerker auf Staatskosten beschäftigt werden und hier nur ein vorübergehendes Domicil haben. Man rechne dieser die Juden ab, und es wird sich herausstellen, ob Handwerker und Gewerbetreibende nicht in der Mehrzahl Polen sind. *)

Dies sind die Gründe, weshalb Posen zum Deutschen Bund gehören muß, und es sind Gründe, denen man überall den Anschein der strengsten Rechtlichkeit zu geben bestrebt ist. Dies sind Gründe, welche eine Partei anführt und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vertheidigt, die Partei, die es mit wenigen Ausnahmen sich seit jeher zur Aufgabe gemacht, uns zu unterdrücken, uns von Allem auszuschließen, die uns stets und ohne die geringste Unterbrechung gehaft und verfolgt hat, die selbst jetzt — wo sie so sehr stolz darauf ist, Glied eines großen freien Volks zu sein, nicht verschmäht, im Namen der Freiheit, Gleichheit und Völkerverbrüderung unsere Personen und unsere heilige Sache zu befudeln, Alles, was nur irgend Polnisch ist, wo möglich in den Koth zu treten. Und doch trotz alledem, möge auch Frankfurt, möge Berlin auf beliebige Weise das Schicksal der Stadt bestimmen, wird Posen nie aufhören, das zu sein, was es war und ist, wird Posen stets eine polnische Stadt bleiben.

*) Ueberdies werden noch allerlei Gründe an den Haaren förmlich herbeigezogen, um nur ja die Einverleibung Posens in den Deutschen Bund herbeizuführen. So z. B. beliebt man Posen mit Straßburg, unsre Provinz mit dem Elsaß zu vergleichen. Nun, es ist nicht zu leugnen, eine Aehnlichkeit der Verhältnisse besteht zwischen uns und den Elsaßern. Die Aehnlichkeit, daß unsre beiderseitigen Gebiete auf die nemliche Art und Weise von ihrem Vaterlande losgerissen wurden, wiewohl die Loslösung unsrer Provinz nicht durch ein freies Polen, wie die Loslösung des Elsaßes durch das freie Deutschland bestätigt worden ist. Wir müssen aber auch den gewaltigen Unterschied hervorheben, der zwischen uns und den Elsaßern besteht; diese nemlich geben sich mit Stolz in Deutscher Sprache als Franzosen zu erkennen, während von uns noch Niemand, öffentlich oder privatim, sich damit gebrüsst, Preuße zu sein.

Sommertheater im Odeum.

Dienstag den 20. Juni: Einen Jux will er sich machen; Posse mit Gesang in 4 Akten von Nestroy.

Im Verlage der Nicolaischen Buchhandlung in Berlin ist so eben erschienen und bei C. S. Mittler in Posen zu haben:

Die Verfassung Westpreußens

zur Zeit der polnischen Oberhoheit, in ihrer historischen Entwicklung dargestellt von H. Konopacki. Gehftet. Preis 6 Sgr.

(Verspätet.)

Allen Damen und Herren, die so freundlich waren, uns sowohl beim Arrangement, als bei der Ausführung des am 8ten d. stattgefundenen Liederfestes zu unterstützen, sagen wir hierdurch unsern innigen Dank.

Die Ordner des Liederfestes.

Die Annäherung einer Censurgewalt in Preußen im Juni 1848.

In dem in Nr. 47 des Const. Blattes unter meinem Namen erschienenen Aufsatz hat es der Redaction beliebt, einige Stellen wegzulassen.

Allerdings muß einer Redaction das Urtheil zustehen, ob sie einen Aufsatz aufnehmen wolle oder nicht. Es kann ihr aber nicht zustehen, einen Aufsatz, den der Verfasser mit seinem Namen vertritt, wenn sie ihn einmal ohne Vorbehalt, ja in diesem Fall sogar unter der ausdrücklichen Zustimmung der von mir als Bedingung gestellten unbeschränkten Aufnahme angenommen hat, mit der Censurschere zu bearbeiten resp. die Gedanken zu verstümmeln.

Hätte dies eine Redaction schon zu früheren Zeiten nie sich erlauben dürfen, so gewiß noch weniger in unsern Tagen, wo die Freiheit der Meinungsäußerung eine Wahrheit werden soll.

Dies Verfahren ist übrigens um so unverantwortlicher und unerklärbarer, als die bereits gedruckt gewesenen und erst hinterher gestrichenen Stellen nur zwei einfache Thatsachen enthielten, welche die Gedankenlosigkeit, wie sie hier und da in Folge der Wahlen zum Vorschein gekommen, ins Licht stellen sollten, nämlich:

- 1) daß ein Kreis (der Kamminer) von 40,000 Seelen keinen intelligenteren Deputirten zu schicken gewußt hat als einen Tagelöhner.
- 2) Daß ein anderer Kreis einen Deputirten gewählt hat, der nicht einmal die Sprache versteht, in der verhandelt wird.

Ich kann daher nur auf das Urtheil des Publikums provociren, ob die Erwähnung dieser Thatsachen, die ohnehin weltbekannt und einem gleichen Urtheil längst in der Oeffentlichkeit verfallen sind, dergestalt ein Unglück für den Staat oder ein Schimpf für die Redaction gewesen wäre, daß sie es vorziehen mußte, wider mein Wissen das gegebene Wort zu brechen, statt diese Aeußerung zu gestatten.

Posen, den 19. Juli 1848.

Dr. Wilh. Klee.

Sammlung zur Deutschen Flotte.

Mitbürger aller Stände! Der Wunsch, das Deutsche Vaterland auch auf den Meeren vertreten zu sehen, ist nicht neu, er ist so alt, als unser Streben, Deutschland groß und stark, geachtet und gefürchtet zu machen. Aber es fehlte ihm die That — und der Däne konnte es wagen, mit einer einzigen Fregatte, Preussischen Häfen Gesetze vorzuschreiben. Da traten zwei wackere Männer Hamburg's, deren Namen die Geschichte aufbewahren wird, die Herren Slo mann und Godefroy auf; jeder von ihnen stellte ein Schiff für die erste Deutsche Marine zur Verfügung und beide forderten, im Vertrauen auf die Mitwirkung von ganz Deutschland, zur Nachfolge auf. Sie hatten sich nicht getäuscht. Die zur Berathung des Gegenstandes ausgeschriebene Versammlung bot, wie ein Berichterstatter sagt, ein wahrhaft erhebendes Bild: „ein electricischer Funke bewegte alle Herzen und die Aufforderung zur Herbeischaffung der nöthigen Geldmittel wurde mit wahren Enthusiasmus aufgenommen, die zur Unterschrift ausgelegten Bogen waren schnell mit Zeichnungen bedeckt.“ Sogleich bildete sich ein Comité zur Ausrüstung Deutscher Kriegsschiffe. Schon am 9. Mai d. J. erließ es einen begeisterten Aufruf an alle Deutschen mit der Bitte, überall zusammenzutreten und Beiträge zu sammeln zu einem Werke, welches für alle Zeit dastehen wird als ein hellstrahlendes, jedem angreifenden Feinde drohendes Wahrzeichen von Deutschlands Einigkeit, von Deutschlands Kraft. Auch an uns, Mitbürger, lassen wir diesen Aufruf gerichtet sein, an uns mehr, als an alle anderen Deutschen, damit man erkenne, daß der Deutsche an den östlichen Grenzmarken, dem einzeln Verblendete seiner Stammesgenossen noch immer das Recht bestreiten, den Boden, den er bewohnt, Deutschen Boden zu nennen, sich dieses Rechts auch dadurch würdig zeigt, daß er freudig zu opfern weiß, wo es Deutschlands Macht und Größe gilt. — Breslau hat sich bereits erboten eine Dampf- fregatte zu bauen; von anderen großen Städten erwartet man ein Gleiches, überall fließen mindestens die reichlichsten Geldbeiträge zusammen.

Folgen wir diesen Beispielen, so weit es unsere Mittel irgend gestatten, und lassen wir den Gedanken unsere Brust schwellen, daß einst die Deutsche Flagge frei auf allen Meeren schweben wird, in dem stolzen Bewußtsein, sich selbst zu beschützen und keiner fremden Seemacht zinsbar zu sein.

Die Unterzeichneten sind bereit, Beiträge entgegenzunehmen, und werden sich dann mit dem seit dem 31. Mai d. J. in Hamburg bestehenden Marine-Comité unter Bezugnahme auf dessen Bekanntmachung vom 6ten d. M. in Verbindung zu setzen, auch seiner Zeit öffentlich Rechnung legen.

In den Buchhandlungen der H. S. Mittler, Scherk und Heine werden ebenfalls Subscriptions-Listen ausliegen. Posen, den 17. Juni 1848.

Das Comité zur Sammlung von Beiträgen für die Deutsche Flotte.

v. Baillod, Reg.- und Forstrath, Mühlstraße No. 3. Berger, Kaufm., Graben No. 25. v. Crousz, D.-L.-G.-Assessor, Gerberstraße No. 7. Fr. Aug. Günther, Klempnermeister, Eduard Namroth, Kaufmann, kleine Gerberstraße No. 12. J. L. Meyer, Buchbindermeister, Neuestraße. Mülller, Land- u. Stadtger.-Rath. v. Steinacker, General-Lieutn., Wilhelmsplatz No. 14. v. Syburg, Major, Wilhelmsplatz No. 8. Jac. Träger, Kaufmann. George Treppmacher, Kaufmann, Breitestr. 26.

Markt-Bericht.

Berlin, den 17. Juni.

Auf dem heutigen Landmarkt kostete der Wispel Weizen 40 — 44 Thlr., Roggen 24 — 28 Thaler, Gerste 20 — 24 Thlr., Hafer 16 — 19 Thlr. und Erbsen 32 Thlr.

Die heut früh um 9 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau, geborne Orlovius, von einem gesunden Knaben, beehre mich statt besonderer Meldung anzuzeigen.

Posen, den 19. Juni 1848.

Herrmann Baarth.

Im Verlage der Deckerschen Scheimen Ober-Sofbuchdruckerei in Berlin erscheint vom 20sten d. Mts. ab die

„Neue Berliner Zeitung“

zu dem vierteljährigen Abonnements-Preis von 1 Rthlr. 7½ Sgr. für Berlin und von 1 Rthlr. 22½ Sgr. incl. des Postporto für alle übrigen Orte der Preussischen Monarchie. — Sämmtliche Postanstalten nehmen Bestellungen an, auch werden an dieselben die zehn ersten Nummern (Probenummern) bis 1sten Juli übersandt.

Berlin, den 5. Juni 1848.

Bekanntmachung.

Die Servis-Zahlung für die nicht zur hiesigen Garnison gehörigen Truppen soll für die Monate April und Mai c. und für die hiesige Garnison für den Monat Mai c. am 22. d. Mts. und folgende Tage erfolgen, wovon die betreffenden Quartiergeber hiermit in Kenntniß gesetzt werden.

Posen, den 19. Juni 1848.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der Johannis-Markt hieselbst wird an den Tagen vom 26sten Juni bis 3ten Juli c. abgehalten werden.

Posen, den 16. Juni 1848.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Dem Tagelöhner Andreas Wroniecki aus Stejszewo ist ein 9 Jahr alter Fuchs-Wallach als muthmaßlich gestohlen abgenommen worden. Der unbekannte Eigenthümer wird aufgefordert, dies Pferd innerhalb 14 Tagen bei dem Distrikts-Commissarius in Stejszewo in Augenschein zu nehmen, und sich im Fall der Recognition zu seiner Vernehmung bei uns zu melden, weil das Pferd sonst nach Ablauf von 14 Tagen verkauft und der Eigenthümer nur an den Erlös verwiesen werden wird.

Posen, den 14. Juni 1848.

Königl. Inquisitoriat.

Nothwendiger Verkauf.

Land- und Stadtgericht zu Schroda.

Die dem Müller Gottlieb Benjamin Schulz und seiner Ehefrau Beate gebornen Schendel gehörige, zu Jankowo sub Nro 15. belegene Wirtschaft und Wassermühle, abgeschätzt auf 8531 Rthlr. 15 Sgr. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tare, soll

am 11ten September 1848 Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubigerin Wittwe Caroline Lewczewska wird hierzu öffentlich vorgeladen.

Bekanntmachung.

Auf dem herrschaftlichen Hofe zu Brzozza sollen im Wege der Exekution verschiedene Gegenstände, insbesondere Schaafe, Rindvieh, Pferde, Federvieh, neue Wagen, worunter sieben Wirtschaftswagen, vier Pflüge, mehrere Pferdezug-Geschirre und Ochsenjoch, verschiedene zum Theil feine Möbelstücke, Bilder, Hausgeräthschaften, eine Tisch-Uhr, verschiedene Kleidungsstücke, Wäsche und Glaswaaren öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden. Es ist hierzu Termin auf

den 18ten Juli 1848 Vormittags um 11 Uhr

und folgende Tage vor dem Herrn Kanzlei-Direktor Buchs angesetzt und werden Kauflustige hierdurch eingeladen.

Samter, den 24. Mai 1848.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Bekanntmachung.

Auf mehrere hierher gelangte Anfragen finden wir uns veranlaßt auszusprechen, daß die Bewohner unserer Stadt, wie warm und lebhaft sie auch für die Freiheit fühlen, doch eben so sehr von der Nothwendigkeit durchdrungen

sind, die Ordnung, die öffentliche Ruhe und Sicherheit aufrecht zu erhalten.

In diesem Sinne, verbürgt durch eine wohlorganisirte Stadtwehr, wird Frankfurt seine Gäste zu der bevorstehenden Messe in der früher gewohnten Ruhe begrüßen. Sie mögen sich fest versichert halten, daß keinerlei Grund zur Besorgniß irgend einer Störung obwaltet.

Frankfurt a. d. O., den 16. Juni 1848.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Es ist von den Bezirks-Hauptleuten darüber Klage bei mir geführt worden, daß eine gewisse Laune in der Bürgerwehr sich theilweise fühlbar mache, daß namentlich die Wehrleute der höheren Stände, so wie Beamte, und zwar gerade Männer, die ursprünglich am Eifrigsten um Erlangung der Seitens der Militärbehörde verabsolgtten Waffen bemüht gewesen, dieselben jetzt entweder zurückgeben, oder unbenutzt bei sich lagern lassen, und ich bin ersucht worden, eine Bekanntmachung deshalb zu erlassen.

Wenn das Institut der Bürgerwehr überhaupt von der größten Wichtigkeit ist in einer Zeit, da Niemand des Abends zu bestimmen vermag, wie er des Morgens erwachen wird, wenn ferner das kürzlich stattgehabte Verfahren unserer Kameraden in einer andern Stadt zu den gerechtesten Mißdeutungen Anlaß gegeben hat, und wir daher doppelt gemahnt sein müssen, stets zur Bethätigung des in uns gesetzten Vertrauens geübt und bereit zu sein, — so wird die bloße Erwähnung des obigen Uebelstandes ohne Zweifel auch dessen Abhülfe herbeiführen. Es handelt sich ja nur darum, daß — neben dem Fall einer Gefahr — jeder Wehrmann, sofern er sich nicht durch dringende Abhaltungen vorher bei seinem Hauptmann entschuldigt, in der Woche 1 oder 2 Abendstunden der militairischen Uebung in seinem Bezirk, und am Sonntag Morgen 2 Stunden demselben Zweck in der gesammten Bürgerwehr widmet, — eine Obliegenheit, welche durch die Verhältnisse und die freiwillige Übernahme eine Ehrenpflicht geworden.

Um nun aber für die nächste Zukunft, bis das zu erwartende Gesetz über die Bürgerwehr erschienen, denjenigen, die diese Ehrenpflicht erfüllen, eine Genugthuung zu gewähren, hat die Führerversammlung beschlossen, die Namen solcher Wehrmänner, welche — ohne triftige Gründe — die erhaltenen Waffen zurückgeben, resp. aus Bequemlichkeit oder „Rückstäten“ ihren Obliegenheiten nicht nachkommen den Mitbürgern „zur Kenntnißnahme und Beachtung“ öffentlich bekannt zu machen.

Posen, den 19. Juni 1848.

Der Kommandeur der Bürgerwehr, Herzberg.



Stargard-Posener Eisenbahn.

Vom 20. Juni ab, wird täglich einmal ein Zug zwischen Woldenberg und Bronke (6½ Meile von Posen) hin- und zurückgehen, welcher sich an die unverändert bleibenden Fahrten von und nach Stettin und deren Verbindung mit den Berlin-Stettiner Zügen anschließt.

Von Bronke nach Woldenberg:
Abfahrt von Bronke . . . Vormitt. 10 Uhr 30 Minut.
= = Dragig . . . = 11 = 25 =

Weitersfahrt von Woldenberg nach Stettin . . . Vormitt. 12 Uhr 37 Minut.
(Ankunft in Stettin 4 Uhr. — Abfahrt nach Berlin 5 Uhr 10 Minuten. Ankunft dort 9 Uhr 20 Minut.)

Von Woldenberg nach Bronke:
(nach Ankunft des von Berlin 6 Uhr 45 Minuten, und von Stettin 12 Uhr, abgehenden Zuges)

Abfahrt von Woldenberg Nachmitt. 3 Uhr 35 Minut.
= = Dragig . . . = 4 = 30 =
Ankunft in Bronke . . . = 5 = 20 =
Stettin, den 7. Juni 1848.

Das Direktorium der Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft.
Masch. Fraissinet. Hartwich.

Auktion.

Mittwoch den 21sten Juni Vormittags von 10 Uhr ab sollen Graben No. 1. mehrere Möbel, als: Tische, Stühle, Schränke, Sopha's, Bett-

stellen 2c., wobei 6 gepolsterte Wandbänke, 1 Ausziehtisch und 2 Trümeaux mit Mahagoni-Rahmen, Haus- und Küchengeräthe, nebst verschiedenen anderen Gegenständen zum Gebrauch, gegen baare Zahlung versteigert werden. Anschüß.

Dem hochgeehrten Publikum wird hiermit die Anzeige gemacht, daß die Wasser-Heil-Anstalt in Dembno für Kranke wiederum eröffnet worden ist.

Dembno bei Neustadt a. d. W., den 18. Juni 1848.

Die Administration der Anstalt.
Meißner.

Der unterzeichnete Besitzer des in Westpreußen gelegenen und 2700 Morg. guten Boden enthaltenen Gutes „Melonowo“, wünscht dasselbe zu verkaufen oder zu verpachten, oder auch gegen ein anderes im Großherzogthum Posen belegen zu vertauschen
Ignaz v. Oborski.

Ein Privat-Oberförster wünscht von Johannis d. J. ab, ein, wenn es thunlich, bis zur Verfortung im königlichen Forstdienst, dauerndes Engagement als Forstverwalter, und da es demselben an Bekanntschaft mangelt, wird demjenigen, der ihm zu einer dergleichen Stelle behülflich ist, beim Kontraktabschluss ein Honorar von 40 Rthlr. baar gezahlt werden. Offerten sind in der Expedition dieser Zeitung unter H. W. No. 28 abzugeben.

Gartenstraße Nro. 285. sind in meinem Hause zwei wohl möblirte Stuben zu vermieten und können sogleich bezogen werden. Wendland.

Fliegenpapier und probirte Wanzenvertilgungs-Tinktur empfiehlt Klawir, Breslauerstraße 14.

Sonnabend den 17ten d. ist auf dem Wege von der Neuenstraße über den Wilhelmsplatz nach dem Hildebrandtschen Garten ein goldner Ohrring nebst Bommel verloren gegangen. Wer diese Markt 74. bei S. Rosenberg abgibt, erhält eine angemessene Belohnung.

Myrthe.

Die mit den weißen, zarten Blüten schaut, Sie ist das Liebesdiadem der Braut; Doch ist sie auch in dieses Lebens Reich, Wenn sich die Ehe naht mit manchem Leid, Der dunkle traurige Cypressenzweig Der hingeschiedenen Jungfräulichkeit.
(Unsere große Myrthe blüht bald. C.)

Börse von Berlin.

Den 17. Juni 1848.	Zins-Fuss.	Preuss. Cour.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	68½	68	
Präm.-Scheine d. Seehdl. à 50 T.	—	84½	—	
Westpreussische Pfandbriefe . .	3½	—	74½	
Ostpreussische dito	—	—	83½	
Grossherz. Posensche Pfandbr. .	4	—	87½	
dito dito dito	3½	74½	74	
Pommersche dito	—	88½	88½	
Kur- u. Neumärkische dito . . .	3½	88½	88½	
Schlesische dito	—	—	—	
dto. vom Staat gar. Litt. B. . . .	—	—	—	71
Pr. Bank-Antheil-Scheine	—	—	—	—
Friedrichsd'or	—	132	132	
Andere Goldmünzen à 5 Thlr. . .	—	132	127	
Disconto	—	—	—	5½
Aetien.				
Berl. Anh. Eisenbahn Lit. A. B. .	—	79½	—	
dto. Priorit.	4	—	—	
Berlin-Hamburger	4	—	56	
do. Priorität	4½	—	84½	
Berlin-Potsd.-Magdeb.	4	—	—	
dto. Prior. Oblig.	5	—	—	
dto. dto.	—	—	—	
Brl.-Stet. E. Lit. A. und B. . . .	—	79½	—	
Köln Mind.	3½	67	66	
dto. Prior. Oblig.	4½	80½	—	
Niedersch.-Märk.	3½	61½	60½	
do. Priorität	5	85½	84½	
do. Priorität	—	—	—	
do. III. Serie	5	—	—	
Ober-Schlesische Lit. A.	3½	—	69½	
dto. Lit. B.	3½	—	—	
Rhein. Eisenbahn	—	—	45½	
do. Stamm-Prior. (voll eingez.)	—	—	53½	
dto. Prior. Oblig.	4	—	—	
Thüringer	4	47½	46½	
dto. Priorität	4½	—	72	